

Neue Bevölkerungsvorausrechnung für Baden-Württemberg bis 2060

Herausforderungen und Chancen einer alternden Gesellschaft

Werner Brachat-Schwarz



Die Bevölkerungsentwicklung in Baden-Württemberg wird bereits seit einiger Zeit durch einen stetig voranschreitenden Alterungsprozess geprägt. Erstmals in der Geschichte des Landes lebten mit der Jahrtausendwende 2000 mehr ältere als jüngere Menschen in Baden-Württemberg. Und dieser Prozess wird sich in den kommenden Jahrzehnten fortsetzen. Die Herausforderungen, die sich hieraus ergeben, berühren praktisch alle Lebensbereiche: von der Kinderbetreuung und dem Bildungsbereich über das Angebot und die Nachfrage nach Arbeitsplätzen bis hin zu Fragen der sozialen und materiellen Sicherung im Alter.

Die neue Bevölkerungsvorausrechnung für Baden-Württemberg, deren Vorausrechnungshorizont bis zum Jahr 2060 reicht, kommt unter anderem zu dem Ergebnis, dass bereits im Jahr 2030 der Anteil der über 60-Jährigen doppelt so stark sein wird wie der der unter 20-Jährigen. Dabei zeigt sich, dass dieser Alterungsprozess durch eine stärkere Zuwanderung allenfalls abgebremst aber nicht verhindert werden kann.

Der demografische Wandel eröffnet auch neue Chancen – nicht zuletzt für diejenigen Unternehmen, die den Konsumgewohnheiten älterer Menschen Rechnung tragen und generationengerechte Produkte entwickeln.

Ein Blick zurück: Bundesweit stärkstes Bevölkerungswachstum ...

Jahrzehntelang ist die Bevölkerungszahl des Landes fast stetig angestiegen. Der Südwesten hatte aufgrund der enormen Zuwanderung das stärkste Bevölkerungswachstum der alten Bundesländer seit Anfang der 50er-Jahre erzielt (1952 bis 2008: + 64 %). Hessen und Bayern folgen in deutlichem Abstand mit einem Plus von 40 % bzw. 38 %. Hinzu kam, dass Baden-Württemberg aufgrund seiner relativ jungen Bevölkerung in den Jahren 2001 bis 2005 das einzige Bundesland war, das noch einen Geburtenüberschuss erzielen konnte; im Bundesgebiet insgesamt sterben dagegen bereits seit 1972 mehr Menschen als Kinder geboren werden.

Allerdings ist im Jahr 2008 die Bevölkerungszahl auch in Baden-Württemberg zurückgegangen – erstmals wieder seit 1984. Ursache hierfür ist zum einen, dass das Geburtendefizit zwischen 2007 und 2008 von 1 300 Personen auf rund 4 500 deutlich angestiegen ist. Zum anderen ist der Wanderungsgewinn erheblich zurückgegangen. Im Jahr 2008 lag das Wanderungsplus lediglich bei 4 400 Personen. 2007 waren dagegen noch rund 12 400 Personen mehr nach Baden-Württemberg zu- als fortgezogen, im Jahr 2001 betrug der Wanderungsgewinn sogar noch gut 69 000 Personen.

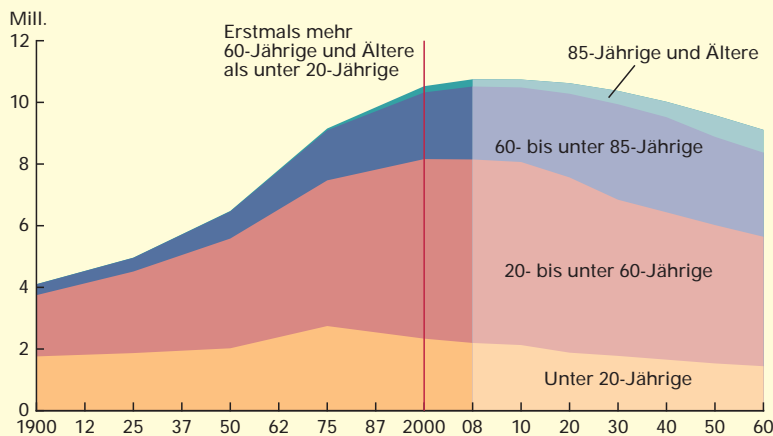
... aber künftig deutlicher Bevölkerungsrückgang

Welche künftige Entwicklung ist zu erwarten? Aller Voraussicht nach wird die Einwohnerzahl des Landes weiter und zwar deutlich zurückgehen. Zum einen dürfte sich das Geburtendefizit aufgrund der Altersstruktur der Bevölkerung stetig vergrößern, zum anderen ist aus heutiger Sicht nicht zu erwarten, dass die Wanderungsgewinne in den nächsten Jahren wieder deutlich steigen werden.



Dipl.-Volkswirt Werner Brachat-Schwarz ist Leiter des Referats „Bevölkerungsstand und -bewegung, Gesundheitswesen“ im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg.

S1 Die demografische Zeitenwende: Seit 2000 mehr ältere als jüngere Menschen in Baden-Württemberg*)



*) Bis 2008 Ist-Werte, danach Vorausrechnung auf Basis 2008 (Hauptvariante).



Zu den Annahmen der neuen Bevölkerungsvorausrechnung

Geburtenrate

Seit rund 30 Jahren verzeichnet Baden-Württemberg ein anhaltend niedriges Geburtenniveau. Die durchschnittliche Kinderzahl je Frau liegt seit Mitte der 70er-Jahre in dem engen Schwankungsbereich von 1,3 bis 1,5 Kindern je Frau. Gegenwärtig liegen keine Anhaltspunkte für eine nachhaltige Änderung der Geburtenhäufigkeiten im Lande vor, obwohl andere Länder wie beispielsweise Frankreich mit 2,0 Kindern je Frau eine deutlich höhere Kinderzahl aufweisen. Die Rechnungen gehen davon aus, dass wie in den vergangenen beiden Jahren auch künftig im Durchschnitt 1,37 Kinder je Frau im Lande geboren werden.

Lebenserwartung

In den vergangenen knapp sechs Jahrzehnten hat die durchschnittliche Lebenserwartung Neugeborener um rund 14 Jahre zugenommen. Heute hat ein neugeborenes Mädchen die Aussicht auf eine Lebenserwartung von durchschnittlich 83,3 Jahren, bei den Jungen sind es 78,6 Jahre. Auch künftig dürfte die Lebenserwartung der Menschen in Baden-Württemberg etwa durch medizinische Fortschritte weiter ansteigen. Für die Bevölkerungsvorausrechnung wird eine Zunahme bis zum Jahr 2060 um rund 6 bis 7 Jahre angenommen. Damit wird unterstellt, dass sich der künftige Anstieg bei der Lebenserwartung im Vergleich zu den letzten Jahrzehnten abschwächen wird.

Zu- und Fortzüge über die Landesgrenze

Die Wanderungsgewinne des Landes haben sich seit 2001 deutlich verringert. Seinerzeit lag der landesweite Wanderungsgewinn bei rund 69 000 Personen, 2005 waren es noch etwa 18 000 und im Jahr 2008 lediglich 4 400.

Es wird für die Zukunft angenommen, dass Baden-Württemberg nach wie vor ein Zuwanderungsland bleiben wird, auch wenn die hohen Wanderungsgewinne zu Beginn des Jahrzehnts wohl nicht mehr erreicht werden.

Etwa ab dem Jahr 2012 könnten die Wanderungsgewinne wieder etwas ansteigen, da dann die 10 Mitgliedsstaaten, die 2004 der EU beigetreten sind, die volle Freizügigkeit erhalten werden. Vor diesem Hintergrund geht die *Hauptvariante* von einem jährlichen Wanderungsgewinn des Landes von 5 000 Personen in den Jahren 2009 bis 2011 und für die Folgejahre von + 10 000 aus.

Ein zweiter Rechenansatz, die sogenannte *Nebenvariante*, orientiert sich stärker an der längerfristig vergangenen Entwicklung und berücksichtigt auch Schwankungen in der Höhe der Wanderungsströme. Ab 2012 werden hier Nettozuwanderungen von rund 20 000 Personen pro Jahr zugrunde gelegt.

Das Eintreffen der Ergebnisse dieser Variante ist aus heutiger Sicht unwahrscheinlich; sie hat vielmehr Modellrechnungscharakter, um die (eher geringen) Auswirkungen einer höheren Zuwanderung auf die Altersstruktur der Bevölkerung aufzeigen zu können.

Nach den Ergebnissen der neuen Bevölkerungsvorausrechnung für Baden-Württemberg auf der Basis 2008 würde die Einwohnerzahl des Landes bereits ab dem 1. Vorausrechnungsjahr absinken. Die Vorausrechnung, die erstmals mit dem Prognosemodell SIKURS¹ durchgeführt wurde, geht dabei von moderaten Wanderungsgewinnen (2009 bis 2011: + 5 000; ab 2012: + 10 000), einer konstanten Geburtenrate sowie einem weiteren Anstieg der Lebenserwartung um 6 bis 7 Jahre bis 2060 (vgl. *hierzu i-Punkt*) aus.²

Bis zum Jahr 2060 könnte die Einwohnerzahl des Landes um rund 1,6 Mill. auf nur noch 9,1 Mill. zurückgehen. Zunächst wäre der Rückgang mit jährlich etwa – 0,1 % allerdings noch moderat, etwa ab dem Jahr 2045 mit jährlich ca. – 0,5 % – bedingt durch die Altersstruktur – erheblich stärker (*Schaubild 1*).

Durchschnittsalter steigt auf knapp 50 Jahre – stärkere Zuwanderung schwächt Alterung kaum ab

Von deutlich größerer Bedeutung als die Entwicklung der Bevölkerungszahl *insgesamt* sind die Veränderungen in der Altersgliederung der Bevölkerung. So wird sich der Anteil der unter 20-Jährigen an der Gesamtbevölkerung von heute gut 20 % bis zum Jahr 2060 auf nur noch knapp 16 % verringern. In einer gegenläufigen Entwicklung dürfte der Bevölkerungsanteil der 60-Jährigen und Älteren von derzeit 24 % auf 38 % um das Jahr 2060 ansteigen (*Tabelle*). Nach dem Jahr 2030 wäre die nachwachsende Generation (unter 20 Jahre) nur noch halb so stark in unserer Gesellschaft vertreten wie die ältere Generation (60 und mehr Jahre). Das Durchschnittsalter wird von aktuell 42,2 Jahren auf 49,5 Jahre ansteigen.

¹ Die Programmbeschreibung/das Benutzerhandbuch von SIKURS ist online verfügbar: www.staedtestatistik.de/fileadmin/kosis/sikurs/SIKURS_Versionen/bprog_01.pdf

² Sofern im Folgenden nichts anderes angegeben wurde, handelt es sich jeweils um Ergebnisse der sogenannten Hauptvariante.

Eine höhere Zuwanderung, als in der *Hauptvariante* unterstellt, würde diesen Alterungsprozess lediglich abschwächen aber nicht umkehren. Unter der Annahme, dass der jährliche Wanderungsgewinn ab dem Jahr 2012 nicht bei 10 000 sondern (aus heutiger Sicht eher unwahrscheinlich hohen) 20 000 Personen läge, würde der Anteil der unter 20-Jährigen an der Gesamtbevölkerung – nach dieser sogenannten *Nebenvariante* – lediglich um 0,2 Prozentpunkte höher liegen (16 %). Der Anteil der 60-Jährigen und Älteren wäre lediglich um einen knappen Prozentpunkt niedriger als in der *Hauptvariante* (37,2 % statt 38,1 %). Auch eine stärkere Zuwanderung wird somit die Alterung der Bevölkerung nicht verhindern können.

rund 47 Jahren, heute dagegen immerhin von ca. 80 Jahren. Die Lebenserwartung hat sich damit in den letzten 100 Jahren um über 30 Jahre erhöht und wird aller Voraussicht nach auch in den nächsten Jahrzehnten weiter steigen.

Die künftigen Veränderungen in der Altersgliederung der Bevölkerung werden sich auf nahezu alle Gesellschaftsbereiche auswirken, sei es der Bildungsbereich oder das System der sozialen Sicherung. Im Folgenden werden die Konsequenzen des demografischen Wandels für ausgewählte Bereiche aufgezeigt.

Ursachen des demografischen Wandels

1. Geringe Geburtenhäufigkeit: Die vergangene und auch die künftige Alterung der Bevölkerung ist vor allem auf ein anhaltend niedriges Geburtenniveau zurückzuführen. Es fehlt seit rund 30 Jahren in Baden-Württemberg jedes Jahr etwa ein Drittel der Geburten, die erforderlich wären, um den Bevölkerungsbestand ohne Zuwanderungen zu erhalten. Heute bleibt etwa ein Viertel der Frauen kinderlos und nur jede 6. Frau hat 3 oder mehr Kinder. Entscheidend für das niedrige Geburtenniveau ist, dass sich der Anteil der Familien mit 3 oder mehr Kindern seit Beginn der 70er-Jahre halbiert hat.
2. Steigende Lebenserwartung: Der steigende Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung hat aber auch noch einen weiteren Grund. Die Menschen werden immer älter. Vor etwa 100 Jahren hatten diese – vor allem aufgrund der sehr hohen Kindersterblichkeit – eine Lebenserwartung von lediglich

Immer weniger Kindergarten- und Schulkinder

Obwohl für den gesamten Vorausrechnungszeitraum eine konstante Geburtenrate unterstellt wurde, wird die Zahl der Geburten und damit in der Folgezeit die Zahl der Kinder im Kindergarten- bzw. Schulalter zurückgehen. Ursache hierfür sind künftig weiter sinkende Besetzungsraten bei den Frauen im gebärfähigen Alter. Im Jahr 2008 gab es noch 342 000 Kinder im Kindergartenalter; ihre Zahl wird bis zum Jahr 2030 um etwa 12 % zurückgehen. In den Folgejahren könnte sich dieser Rückgang sogar noch beschleunigen. Am Ende des Vorausrechnungszeitraums im Jahr 2060 wären es dann nur noch 241 000 Kinder (*Schaubild 2*).

Der Rückgang der Kinderzahlen setzt sich zeitlich verschoben im Schulbereich fort. Aus heutiger Sicht wird die Zahl der 6- bis unter 18-Jährigen – das sind im Wesentlichen die Schüler an allgemeinbildenden Schulen – bis 2030 um ein Fünftel zurückgehen; zwischen 2030 und 2060 könnte die Besetzung dieser Altersgruppe um ein weiteres Fünftel absinken. Anstelle von heute knapp 1,4 Mill. Kindern und Jugendlichen

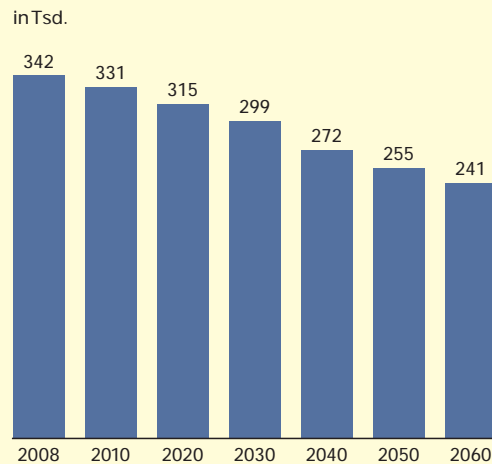
T Voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerungszahl in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2060 nach ausgewählten Altersgruppen*)

Jahr	Bevölkerung insgesamt		Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren						Durchschnittsalter	
	Hauptvariante	Nebenvariante	unter 20		20 – 60		60 und mehr		Hauptvariante	Nebenvariante
			Hauptvariante	Nebenvariante	Hauptvariante	Nebenvariante	Hauptvariante	Nebenvariante		
1 000		%						Jahre		
2008	10 750	10 750	20,4	20,4	55,4	55,4	24,2	24,2	42,2	42,2
2010	10 741	10 741	19,8	19,8	55,3	55,3	24,9	24,9	42,8	42,8
2020	10 622	10 719	17,7	17,7	53,5	53,7	28,8	28,6	45,0	44,9
2030	10 372	10 590	17,1	17,2	48,8	49,2	34,0	33,5	46,6	46,4
2040	10 020	10 363	16,5	16,7	47,7	48,3	35,8	35,1	48,0	47,6
2050	9 583	10 056	16,0	16,2	46,8	47,5	37,2	36,3	49,0	48,6
2060	9 109	9 714	15,8	16,0	46,1	46,8	38,1	37,2	49,5	49,0

*) 2008 Ist-Werte, danach Vorausrechnungsergebnisse.

S2

Voraussichtliche Entwicklung der Zahl der Kinder im Kindergartenalter in Baden-Württemberg bis 2060*



*) Kinder im Alter von 3 bis 5 Jahren sowie der halbe Jahrgang der 6-Jährigen; Ergebnisse der Hauptvariante.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

1258 09

im Schulalter würde diese Bevölkerungsgruppe dann nur noch 0,9 Mill. Personen umfassen (Schaubild 3).

Überdurchschnittlicher Anstieg der Zahl hochbetagter Menschen

Für sozial- und speziell altenpolitische Planungen ist es von besonderer Bedeutung, dass künftig die Zahl älterer und vor allem hochbetagter Menschen deutlich ansteigen wird. Immer

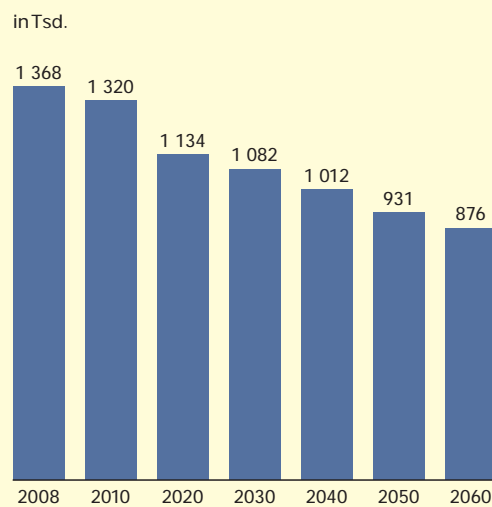
mehr Männer und Frauen erreichen ein hohes Alter. Innerhalb der nächsten drei Jahrzehnte dürfte sich ihre Zahl verdoppeln. Dann wären rund 470 000 Einwohner des Landes 85 Jahre oder älter. Langfristig würde sich ihre Zahl im Vergleich zu heute sogar mehr als verdreifachen (Schaubild 4). Im Jahre 2060 gäbe es dann rund 740 000 Hochbetagte in Baden-Württemberg. Da es sich hierbei um eine Bevölkerungsgruppe mit einem hohen Pflegerisiko handelt, dürfte künftig auch die Zahl der Pflegebedürftigen deutlich ansteigen.

Anteil der Bevölkerung im Erwerbsalter wird erst nach 2020 deutlich niedriger

Der Bevölkerungsanteil der 20- bis unter 60-Jährigen, die heute im Wesentlichen das Erwerbspersonenangebot stellen, wird bis um das Jahr 2020 nur geringfügig von 55 % auf dann knapp 54 % absinken. Nach dem Jahr 2020 ist jedoch mit einem beschleunigten Rückgang bei der Zahl von Menschen im erwerbsfähigen Alter zu rechnen. Im Jahre 2060 läge die Bevölkerung im Alter von 20 bis unter 60 Jahren mit rund 4,2 Mill. um knapp 1,8 Mill. niedriger als Ende 2008 (Schaubild 5). Ihr Bevölkerungsanteil belief sich dann auf rund 46 % gegenüber fast 55 % heute. Allerdings dürfte die Zahl der Erwerbspersonen nicht im gleichen Umfang zurückgehen, da in den nächsten Jahren mit einer weiter steigenden Erwerbsbeteiligung der Frauen und auch – bei steigendem Renteneintrittsalter – der älteren Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zu rechnen ist.

S3

Voraussichtliche Entwicklung der Zahl der Kinder und Jugendlichen im Schulalter in Baden-Württemberg bis 2060*



*) Kinder und Jugendliche im Alter von 6 bis unter 18 Jahren; Ergebnisse der Hauptvariante.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

1259 09

Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ist in den letzten Jahren „gealtert“: Bis Ende 2003 überwog regelmäßig die Zahl der „Jüngeren“ (20- bis 39-Jährigen) die der „Älteren“ (40- bis 59-Jährige); seither gab und gibt es mehr ältere als jüngere Personen, die sich im erwerbsfähigen Alter befinden. Und auch in Zukunft werden die 40- bis 59-Jährigen stets stärker vertreten sein als die 20- bis 39-Jährigen. Allerdings wird sich das derzeitige Verhältnis von „jung zu alt“ in den nächsten Jahrzehnten nicht weiter zugunsten der Älteren verschieben. Das bedeutet, dass – rein demografisch mit Blick auf die 20- bis unter 60-Jährigen betrachtet – die Erwerbsbevölkerung im Gegensatz zur Gesamtbevölkerung im Schnitt nicht mehr älter wird (Schaubild 6).

Drei-Generationen-Verbund: Wachsende „Belastungen“ der Erwerbsbevölkerung

Für die Frage nach den Belastungen der „mittleren“ erwerbsfähigen Generation durch die

Unterhaltsverpflichtungen gegenüber den alten wie auch den jungen Menschen spielt die demografische Entwicklung dieser Bevölkerungsgruppen eine wesentliche Rolle. Der im Erwerbsalter befindlichen Bevölkerung (20 bis unter 60 Jahre) wird künftig eine deutlich wachsende Zahl von Personen im „nicht mehr erwerbsfähigen Alter“ (60 Jahre und älter) gegenüberstehen. Während heute auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter 44 Personen im Alter von 60 und mehr Jahren entfallen, dürften dies im Jahre 2030 bereits 70 ältere Nichterwerbspersonen sein. Bis zum Jahr 2060 würde dieser sogenannte „Altenquotient“ sogar auf 83 zu 100 ansteigen.

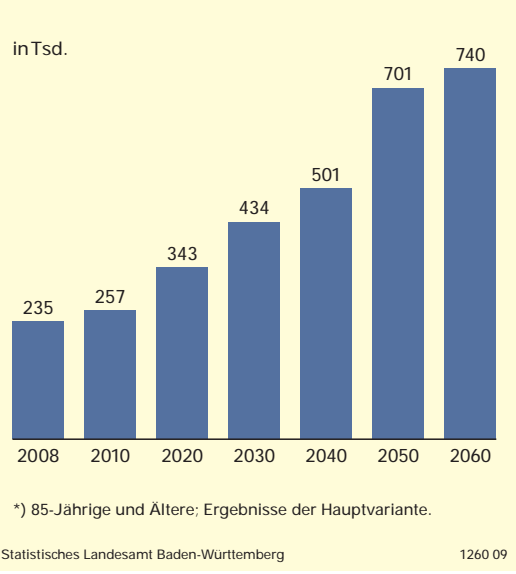
Rechnet man hinzu, dass die Erwerbspersonen auch die „noch nicht Erwerbsfähigen“ – die unter 20-Jährigen – ökonomisch unterhalten müssen, so zeigt sich folgendes Bild: Ende 2008 kamen auf 100 Erwerbspersonen insgesamt rund 81 Nichterwerbspersonen. Bis zum Jahr 2030 würde sich dieses Zahlenverhältnis auf 105 Nichterwerbspersonen zu 100 Personen im Erwerbsalter erhöhen. Im Jahre 2060 läge dieser „Gesamtquotient“ bei etwa 117 Personen im nichterwerbsfähigen Alter je 100 Erwerbspersonen (*Schaubild 7*). Damit würden die ökonomisch zu unterhaltenden Bevölkerungsgruppen die Erwerbsbevölkerung, die diese Unterhaltsverpflichtung trägt, um rund 17 % übersteigen. Allerdings ist bei der Bewertung zu berücksichtigen, dass die in Zukunft wohl steigende Erwerbsbeteiligung entlastende Effekte mit sich bringen könnte.

Modellrechnung: Anstieg des tatsächlichen Renteneintrittsalters auf 65 Jahre

Gegenwärtig liegt das tatsächliche Renteneintrittsalter durchschnittlich bei etwas mehr als 60 Jahren;³ das gesetzliche Rentenalter ist in der Regel auf 65 Jahre festgelegt und wird ab 2012 schrittweise auf 67 Jahre erhöht. Würde das Alter des tatsächlichen Renteneintritts nicht 60 Jahre betragen, sondern 65 Jahre, so ergäbe der „Altenquotient“ im Jahre 2060 ein zahlenmäßiges Verhältnis von 60 Personen im Alter von 65 und mehr Jahren zu 100 Erwerbspersonen im Alter von 20 bis 64 Jahren. Heute liegt dieses Zahlenverhältnis bei 32 zu 100. Der Anstieg des tatsächlichen Renteneintrittsalters hätte den doppelten Effekt, dass die Beschäftigten 5 Jahre länger Sozialversicherungsbeiträge entrichten und erst 5 Jahre später Leistungen beziehen würden.

Wenn der „Jugendquotient“ hinzugerechnet wird, so hieße dies für das Jahr 2060, dass 100 Erwerbspersonen die Unterhaltsleistungen

S4 Voraussichtliche Entwicklung der Zahl der Hochbetagten in Baden-Württemberg bis 2060*)

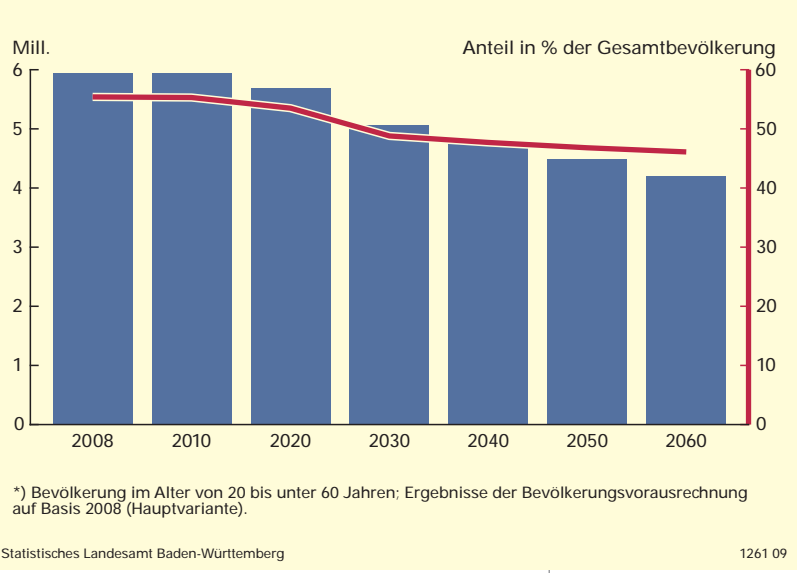


für insgesamt 90 Nichterwerbspersonen erbringen müssten – und nicht mehr wie bei einem tatsächlichen Renteneintrittsalter von 60 Jahren für 117 Nichterwerbspersonen. Damit wäre bei einer verlängerten Altersgrenze die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter künftig stets größer als die Zahl der zu unterhaltenden Nichterwerbspersonen.

Fazit: Alterung der Bevölkerung hat erhebliche Konsequenzen – aber ...

Die Entwicklung der Bevölkerungszahlen und -strukturen reicht mit ihren Auswirkungen in viele gesellschaftspolitische Handlungsfelder

S5 Voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in Baden-Württemberg bis 2060*)

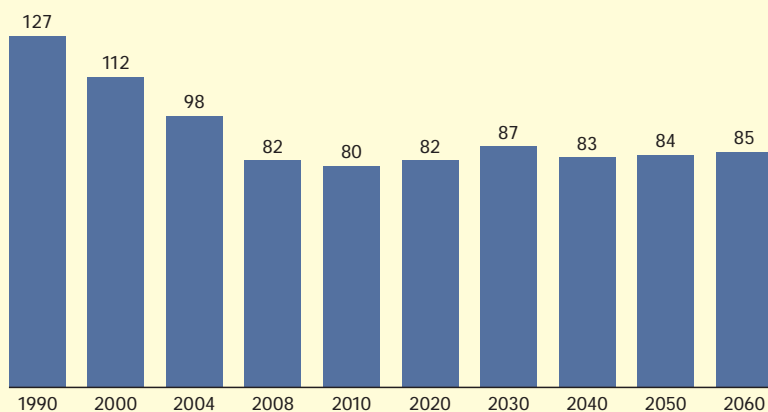


3 2008 lag das durchschnittliche Rentenzugangsalter bei den Versichertenrenten insgesamt in Deutschland bei 60,7 Jahren; Datenquelle: Deutsche Rentenversicherung – Ergebnisse auf einen Blick; Stand: Juli 2009.

S6

Erwerbsbevölkerung: Künftig stets weniger „jüngere“ als „ältere“ Erwerbspersonen in Baden-Württemberg*)

Auf 100 Ältere (40- bis unter 60-Jährige) kommen ... Jüngere (20- bis unter 40-Jährige)



*) Bis 2008 Ist-Werte, danach Voraussrechnungsergebnisse auf Basis 2008 (Hauptvariante).

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

1262 09



Was können Voraussrechnungen leisten?

Auch wenn die Güte von Voraussrechnungen in der Öffentlichkeit überwiegend daran gemessen wird, inwieweit die prognostizierten Ergebnisse mit den tatsächlichen übereinstimmen, ist dies nicht der richtige Maßstab. Voraussrechnungen können und sollen „nur“ zeigen, welches Ergebnis unter der Vorgabe bestimmter Annahmen zu erwarten ist. Es handelt sich also um „Wenn – Dann“- Aussagen. Dabei ist die Festlegung der einzelnen Parameter – also insbesondere der Geburtenhäufigkeit, der Lebenserwartung und des Wanderungsverhaltens – so zu treffen, wie diese Annahmen im Startzeitpunkt der Voraussrechnung als wahrscheinlich für die Zukunft angesehen werden. Bevölkerungsvoraussrechnungen dürfen deshalb nicht als „Vorhersagen“ missverstanden werden.

Voraussrechnungen haben ihre Aufgabe dann erfüllt, wenn sie die Basis für Analysen und Planungen der Entscheidungsträger beisteuern, mögliche (Fehl-)Entwicklungen aufzeigen und so die Unsicherheit über die Zukunft verringern helfen. Lösungen können von Ihnen dagegen nicht erwartet werden.¹

¹ Vgl. hierzu ausführlicher Walla, Wolfgang: Wozu in die Zukunft schauen?, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 7/2004, S. 54 ff.

hinein. Häufig werden diese Auswirkungen erst allmählich sichtbar und spürbar. In diesem Moment sind jedoch die zugrunde liegenden demografischen Vorgänge nicht mehr kurzfristig aufzuhalten oder umzukehren, weil es sich hier um langfristig wirksame Prozesse handelt. Deshalb ist es auch für die heutigen Planungs- und Gestaltungsaufgaben unerlässlich, sich rechtzeitig auf die sich abzeichnenden Veränderungen einzustellen – auch wenn die Jahre 2030 oder gar 2060 in weiter Ferne liegen.

Die zunehmende Alterung der Bevölkerung hat – wie gezeigt – nicht zuletzt Konsequenzen für die gesetzliche Sozialversicherung. Allerdings könnte die geplante Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters die künftige Belastung für die Rentenversicherung deutlich abmildern.

Auch für das Gesundheitswesen wird die Alterung der Bevölkerung immer größere Herausforderungen mit sich bringen. Mit steigendem Lebensalter nehmen nicht allein Krebserkrankungen zu, sondern auch Leiden wie Diabetes, Osteoporose, Schlaganfall und nicht zuletzt Demenz. Zwar können die Menschen mit einem im Schnitt immer längeren und über lange Zeit in guter Gesundheit verbrachten Leben rechnen. Die steigende Lebenserwartung wird aber auch dazu führen, dass künftig vor allem immer mehr ältere Menschen mit chronischen Krankheiten eine gute Behandlung benötigen werden.

... Alter sollte auch als Chance begriffen werden

Dennoch ist eine Bewertung des demografischen Wandels als „Schreckensszenario“ ebenso fehl am Platz wie seine Nichtkenntnisnahme. Die Bevölkerung wird nämlich – wie gezeigt – nicht immer nur deshalb älter, weil die Geburtenhäufigkeit zu gering ist, sondern weil die Lebenserwartung der Menschen stetig ansteigt. Und: Die Menschen leben nicht nur länger, sie leben auch länger gesund. Aus der Gerontologie ist bekannt, dass ein 65-Jähriger von heute den Gesundheitszustand eines 58-Jährigen von vor 30 Jahren besitzt. Weil sich damit wesentliche Merkmale des Altersbegriffs deutlich verändert haben, kann die Auffassung dessen, was „Alter“ bedeutet, nicht in der bisher üblichen Form bestehen bleiben. Es bedarf einer gesellschaftlich akzeptierten Neudefinition des Altersbegriffs.

Die höhere Lebenserwartung der Bevölkerung und die steigende Anzahl älterer Menschen bieten nicht zuletzt auch für die Wirtschaft neue Chancen: Denn wenn die Menschen länger

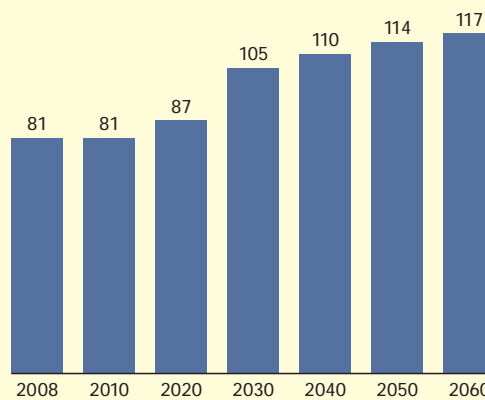
leben, fragen sie eine ganze Reihe von Gütern und Dienstleistungen nach, die sie bisher nicht oder nicht in diesem Umfang in Anspruch genommen haben. Hier eröffnen sich also neue Märkte und Wachstumschancen. Beispielsweise im Bereich der Gesundheitsdienstleistungen, aber auch für die Gestaltung der Freizeit sind steigende Ausgaben zu erwarten.⁴ Es können deshalb diejenigen Unternehmer vom demografischen Wandel profitieren, die den Konsumgewohnheiten älterer Menschen Rechnung tragen und generationengerechte Produkte entwickeln – denn die Älteren verfügen über ein beachtliches Kaufkraftpotenzial.⁵

Viele körperlich und geistig rüstige Ältere sind sicher künftig verstärkt bereit, Ihre Zeit, ihre Tatkraft und ihre Kreativität in Sportvereinen, Bürgerstiftungen, in die Jugendarbeit und in zahlreichen anderen ehrenamtlichen Initiativen einzubringen. Dieses freiwillige Engagement könnte das Miteinander der älteren und der jüngeren Generation fördern. ■

S7

Drei-Generationen-Verbund: Unterhaltsleistungen der Erwerbsbevölkerung werden steigen*)

Auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter kommen ...
im nicht oder nicht mehr erwerbsfähigen Alter



*) Ergebnisse der Bevölkerungsvorausrechnung auf Basis 2008 (Hauptvariante).

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

1263 09

4 Vgl. beispielsweise hierzu auch Walla, Claudia: „Alter werde ich später“ – Grey Market: ein soziodemografisches Phänomen, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 4/2007, S. 38–44.

5 So liegt beispielsweise das Nettoeinkommen eines Haushalts in Baden-Württemberg, dessen Haupteinkommensbezieher zwischen 65 und 80 Jahre alt ist, nicht einmal ein Zehntel unter dem eines Haushalts mit einem Haupteinkommensbezieher im Alter von 25 bis 35 Jahre: Datenquelle: EVS 2003.

Weitere Auskünfte erteilt
Werner Brachat-Schwarz,
Telefon 0711/641-25 70,
Werner.Brachat-Schwarz@
stala.bwl.de

kurz notiert ...

Gerhard-Fürst-Preis 2010

Das Statistische Bundesamt zeichnet jährlich herausragende wissenschaftliche Arbeiten mit dem Gerhard-Fürst-Preis aus, die entweder ein theoretisches Thema mit einem engen Bezug zum Aufgabenspektrum der amtlichen Statistik behandeln oder eine empirische Fragestellung unter intensiver Nutzung von Daten der amtlichen Statistik untersuchen.

Vorschläge für den Gerhard-Fürst-Preis 2010 können ausschließlich von den betreuenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern eingereicht werden. Im Auswahlverfahren werden deutsch- oder englischsprachige Arbeiten berücksichtigt, die zwischen dem 1. Januar 2008 und dem 31. März 2010 mindestens mit der Note „gut“ respektive „magna cum laude“ abschließend bewertet worden sind.

Einzureichen sind folgende Unterlagen:

- die Originalarbeit,
- eine kurze Begründung der/des vorschlagenden Wissenschaftlerin/Wissenschaftlers zur Preiswürdigkeit,
- Kopien der Erst- und gegebenenfalls Zweitgutachten, mit denen die Arbeit abschließend bewertet wurde,
- eine Kurzfassung der Arbeit,
- ein Lebenslauf der Verfasserin/des Verfassers,
- eine schriftliche Erklärung zur Einreichung einer Dissertation bzw. Abschlussarbeit.

Darüber hinaus sind Arbeit und Kurzfassung zusätzlich als MS-Word oder PDF-Datei auf einer CD-ROM zur Verfügung zu stellen. Die vorgeschlagene Arbeit ist 3-fach und die übrigen Unterlagen sind in 9-facher Ausfertigung einzureichen.

Die Ausschreibungsfrist für den Gerhard-Fürst-Preis 2010 läuft bis einschließlich 31. März 2010 (Datum des Poststempels).

Alle Unterlagen sind an folgende Adresse zu senden:

Statistisches Bundesamt
Institut für Forschung und Entwicklung
in der Bundesstatistik
Gruppe IB, Zimmer-Nummer: A 10.130
Gustav-Stresemann-Ring 11
65189 Wiesbaden

Weitere Informationen zum Gerhard-Fürst-Preis finden Sie unter der Rubrik „Wissenschaftsforum“ im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de. Dort finden Sie die Teilnahmebedingungen für den Gerhard-Fürst-Preis 2010 sowie unter anderem die Kurzfassungen der prämierten Arbeiten 2009.

Bei weiteren Fragen wenden Sie sich bitte direkt an das Statistische Bundesamt, Frau Birgit Baptistella (Tel.: 0611/75-26 03, E-Mail: institut@destatis.de). ■

